

Änderungsantrag

**der Fraktion GRÜNE und
der Fraktion der CDU**

**zu dem Antrag der Fraktion der FDP/DVP
– Drucksache 16/2335**

**zu der Großen Anfrage der Fraktion der FDP/DVP
– Drucksache 16/1095**

Die Polizei in Baden-Württemberg – Polizeireform, Evaluierung, Korrekturbedarf

Der Landtag wolle beschließen,

dem Antrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/2335, in folgender Fassung zuzustimmen:

Die Landesregierung zu ersuchen,

zur Ergänzung der Polizeistruktureform auf Basis des Berichts des Lenkungsausschusses EvaPol die notwendigen Maßnahmen mit einer moderaten Erhöhung der Anzahl der regionalen Polizeipräsidien auf zunächst 13 vorzunehmen:

- der Bodenseekreis sowie die Kreise Ravensburg und Sigmaringen sollen ein regionales Polizeipräsidium bilden,
- durch Verschmelzung der Kreise Konstanz, Rottweil, Tuttlingen und des Schwarzwald-Baar-Kreises soll ein neuer Zuschnitt eines regionalen Polizeipräsidiums entstehen,
- der Zollernalbkreis soll dem Polizeipräsidium Reutlingen zugeordnet werden,
- die Kreise Calw, Freudenstadt und der Enzkreis sollen zusammen mit dem Stadtkreis Pforzheim ein weiteres regionales Polizeipräsidium bilden,
- das Polizeipräsidium Karlsruhe soll um den Kreis Calw, den Enzkreis und den Stadtkreis Pforzheim reduziert werden.

Die Option einer Modifizierung zu 14 regionalen Polizeipräsidien entsprechend dem Vorschlag des Lenkungsausschusses ist zu gegebener Zeit erneut zu prüfen.

12. 07. 2017

Schwarz, Andreas
und Fraktion

Dr. Reinhart
und Fraktion

Begründung

Die Organisationsstrukturen der Polizei müssen vom Bürger aus gedacht werden. Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch auf eine orts- und bürgernahe Polizei. Im Koalitionsvertrag für die 16. Legislaturperiode wurde daher vereinbart, die Polizeistrukturereform umfassend und zeitnah zu evaluieren.

Die Evaluation hat gezeigt, dass die im Zuge der Polizeistrukturereform gewählte Struktur in einigen regionalen Polizeipräsidien unter anderem die Folge

- einer hohen Anzahl von Dislozierungen zentraler Organisationseinheiten (beispielsweise Zentrale Kriminaltechnik, Kriminaldauerdienst), um die nachteiligen Effekte einer zu starken Zentralisierung zu minimieren,
- ungünstiger fahr- und Verkehrsbeziehungen, die zu erhöhten Kilometer- und Zeitaufwänden führen, damit dauerhaft höhere Kosten nach sich ziehen und letztlich zu Lasten der operativen polizeilichen Arbeit gehen,
- des Durchbrechens gelebter Raumschaften und somit einer unzureichenden Beachtung gewachsener beziehungsweise kulturell und historisch verbundener Räume,
- von Qualitätseinbußen in der Zusammenarbeit mit der Justiz, den Kommunen und Kreisen und
- teilweise deutlich weiterer Fahrstrecken zum Dienort und somit zum Verlust persönlicher (Frei-)Zeit und höherem Bedarf finanzieller Mittel für die Beschäftigten der Polizei mit entsprechenden Auswirkungen auf deren Zufriedenheit

hat.

Mittels des vorliegenden Antrags soll den Hauptkritikpunkten Rechnung getragen werden und die Umsetzung sinnvoller Weiterentwicklungen der Polizeistruktur angestoßen werden.